

Investitionslenkung — Einbahnstraße in den Sozialismus

Ein neues Schlagwort macht die Runde. Es heißt: Investitionslenkung. Investitionslenkung aber bedeutet vielen vieles. Die öffentliche Diskussion ist entsprechend konfus. So gelingt es der SPD, die Verwirrung nach ihren letzten Bezirksparteitagen für sich zu nutzen. Dem gleichen Kind werden verschiedene Namen gegeben, und so getan, als ob etwa „die vorausschauende Industriepolitik“ etwas anderes als Investitionslenkung sei.

Dieser Verschleierungstaktik — die bis zur Bundestagswahl die Gemüter besänftigen soll — muß ein Riegel vorgeschoben werden! Diese Dokumentation der Planungsgruppe der CDU-Bundesgeschäftsstelle legt Hintergründe, Ziele und Folgen der sozialistischen „Investitionslenker“ offen.

Keine Investitionslenkung ist:

- die Beeinflussung des Wirtschaftsprozesses durch den Staat mit Hilfe bestehender Instrumente (z. B. Stabilitätsgesetz, Umweltschutzgesetze u. a.);
- die bessere Nutzung dieser und anderer Instrumente, um die Effizienz der Wirtschaftspolitik im Rahmen der sozialen Marktwirtschaft zu steigern (z. B. Maßnahmen zur besseren Koordinierung wirtschaftspolitischer Entscheidungen wie zwischen Bund und Ländern, strukturpolitische Maßnahmen u. a.).

Die Behauptung, das alles wäre Investitionslenkung, ist falsch. Hier wird mit falschen Karten gespielt. Der Staat kann auf diesem Weg die Wirtschaft zwar beeinflussen, aber nicht fremdsteuern. Indem diese Maßnahmen als Investitionslenkung ausgegeben werden, erscheint der Weg in den Sozialismus harmlos und vernünftig.

Wirkliche Investitionslenkung ist:

- Die wichtigsten Entscheidungen über das Wohl und Wehe eines Unternehmens sollen in Zukunft staatliche Behörden oder Ausschüsse gesellschaftlicher Gruppen (Syndikate) fällen.
- Die Entscheidungen über alle oder die wichtigsten Investitionen sollen an irgendwie gearteten „gesellschaftlichen Bedürfnissen“ ausgerichtet werden. Unklar bleibt, wer eigentlich bestimmt, was nun gesellschaftliche Bedürfnisse sind.

■ Damit ist klar: Die soziale Marktwirtschaft soll beseitigt werden. Um das zu erkennen und zu verhindern, ist eine sorgfältige Analyse der Ziele der Investitionslenker wichtig. Denn: Viele Bürger — obwohl nicht Anhänger sozialistischer Ideologien — befürworten die Investitionslenkung, weil sie sich über die Ziele und Folgen nicht im klaren sind.

Die Ziele der Investitionslenker

An den Mitteln der Investitionslenkung, also dem „WIE“, scheiden sich zwar die Geister. Einigkeit aber besteht zwischen den verschiedenen sozialistischen Gruppen in der SPD darin:

— den Anteil des Staates am Sozialprodukt zu erhöhen; d. h. er soll durch (noch) höhere Steuern und Sozialabgaben in die Lage versetzt werden, anstelle der privaten Wirtschaft Investitionen vorzunehmen,

— die Entscheidung über Investitionen zu „demokratisieren“; d. h. Investitionen sollen nicht mehr „undemokratisch“ mandatslosen privaten Mächten überlassen bleiben, sondern in „demokratischer“ Weise maßgeblich durch staatliche Bürokratien und Verbandsfunktionäre beeinflusst werden.

Das auf der Privatinitiative und breitgestreuter Verantwortung beruhende Marktssystem wird als unvernünftig und nicht funktionsfähig dargestellt. Ein langes „Sündenregister“ soll beweisen, daß wir mehr staatliche Planung und Lenkung brauchen. Der Schlüssel dazu ist die Investitionslenkung — und deshalb wird hier der Hebel angesetzt. Da die meisten Bürger die schwierigen wirtschaftlichen Zusammenhänge nicht durchschauen und ihnen schon deshalb „mehr Staat“ durchaus vernünftig erscheint, bietet sich dieser „Schleichpfad“ in den Sozialismus direkt an.

Die Mittel der Investitionslenker

Die Auseinandersetzung in der SPD wird weniger darum geführt, ob eine Investitionslenkung eingeführt werden soll, als vielmehr darum, wie sie zu bewerkstelligen sei. Es lassen sich drei Gruppen unterscheiden:

■ Die Reformisten wollen lediglich eine „indirekte Investitionslenkung“. Gefordert wird neben einer Ausweitung des staatlichen Anteils am Sozialprodukt ein langfristiger Bundesentwicklungsplan. Mit seiner Hilfe sollen die öffentlichen Investitionen untereinander abgestimmt und „Eckwerte“ als Orientierungsmarken für Investitionen der Wirtschaft gegeben werden. Wichtig ist, daß angeblich die Unternehmensautonomie erhalten bleiben und Investitionen nur indirekt beeinflusst werden sollen.

■ Die **Syndikalisten** wollen über Wirtschafts- und Sozialräte die Investitionen lenken. Letztlich wird hier eine gesamtwirtschaftliche oder branchenmäßige „Mitbestimmung“ der Gewerkschaften angestrebt.

■ Die **Zentralisten** wollen mit der direkten Investitionslenkung direkt „das System“ überwinden. Dazu haben einige sozialistisch ausgerichtete Wirtschaftswissenschaftler und die Jusos Vorstellungen entwickelt. Zentrale Planung aller

größeren Investitionen, Verstaatlichung und Vorherbestimmung der Reihenfolge der Bedürfnisse des einzelnen und der Gesellschaft bilden ihren Kern.

Die Investitionslenkung ist ohne Wirtschaftsplanung nicht möglich

Keine Form der Investitionslenkung kann ohne eine umfassende gesellschaftliche und ökonomische Planung auskommen. Die Sozialisten aller Schattierungen kennzeichnet der nahezu unbegrenzte, oft naiv anmutende Glaube an die Planbarkeit der gesellschaftlichen Zukunft. Niemand aber kennt genau die heutigen und zukünftigen Bedürfnisse der Bevölkerung wirklich — niemand kann zukünftige Ereignisse vorhersagen (vgl. Ölkrise). Die Fehlprognosen der vergangenen Monate und Jahre sprechen hier eine deutliche Sprache. Es gibt kein Entrinnen aus der Ungewißheit und Unsicherheit im Hinblick auf die Zukunft! Jedoch könnte eingewendet werden, daß ja schließlich geplant wird. Selbstverständlich muß geplant werden.

■ Entscheidend aber ist, wie groß die Zahl derer ist, die von den Folgen einer Fehlplanung betroffen wären.

In der sozialen Marktwirtschaft begrenzt die dezentrale, nicht in einer Hand konzentrierte Planung und Haftung das Risiko.

Bei zentraler Planungsherrschaft dagegen werden

— ganze Branchen oder Volkswirtschaften in den Strudel der Fehlplanungen gerissen;

— die Folgen der Fehlplanung sozialisiert, d. h. von jedem Bürger über die Steuern oder mit dem Arbeitsplatz teuer bezahlt.

Ein Beispiel:

Das Unternehmen Schmitz & Co. nimmt eine größere Investition vor. Anschließend stellt sich aber heraus, daß diese auf einer Fehlkalkulation beruhte. Die Produkte können nicht abgesetzt werden, weil die Verbraucher kein ausreichendes Kaufinteresse an ihnen haben. Die Folge kann dann sein, daß das Unternehmen seine Tore schließen muß, was für die Angehörigen des Unternehmens natürlich große Härten mit sich bringt.

Verkalkuliert sich aber die öffentliche Planungs- und Investitionsstelle, welche beispielsweise die Investitionen einer ganzen Branche bestimmt, sind die Folgen katastrophal. Nicht absetzbare Halden der jeweiligen Produkte türmen sich auf, Zulieferbetrieben aus anderen Branchen droht der Konkurs. Tausende von Arbeitsplätzen sind in Gefahr. Der Staat muß einspringen und Steuergelder in diese Branche pumpen, um einen Kollaps der ganzen Wirtschaft zu verhindern. Damit trägt er dazu bei, daß die Halden immer höher werden, denn es wird ja weiter produziert. Über kurz oder lang sind daher Beschäftigungseinbrüche unvermeidbar.

Die soziale Marktwirtschaft ist gefährdet

Alle dargestellten Konzepte zur Investitionslenkung haben gemeinsam: Sie zerstören die soziale Marktwirtschaft. Denn: Die Investitionslenkung wirkt wie ein

Ölfleck, der sich auf dem Wasser mit hoher Geschwindigkeit ausbreitet. Sobald auch nur in einem wichtigen Bereich mit der Investitionslenkung begonnen wird, müssen immer weitere Bereiche in die Lenkung einbezogen werden.

Ein Beispiel:

Wer die Investitionen in der Automobilindustrie lenken will, kann das nur, wenn er gleichzeitig die Stahlindustrie (Karosserie), chemische Industrie (z. B. Reifen), Elektroindustrie (elektrische Anlagen) usw. in seine Planung einbezieht.

Das aber bedeutet das Ende der sozialen Marktwirtschaft! Diese Ordnung, die uns einen der höchsten Lebensstandards in der Welt und ein bisher in unserer Geschichte nicht gekanntes Maß an Freiheit und sozialer Sicherung beschert hat, würde den Utopien sozialistischer Planer geopfert.

Das gilt auch für die Reformisten in der SPD. Auf den ersten Blick scheinen ihre Vorschläge durchaus mit den Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft vereinbar zu sein. Bei näherem Hinsehen stellen sich aber erhebliche Bedenken ein. Denn: Öffentliche Planung einerseits und Konsumwünsche der Bevölkerung andererseits sollen **gleichzeitig** die Investitionen bestimmen — beide Prinzipien aber sind auf Dauer unvereinbar. Es entsteht eine ständige Spannung, was nun jeweils vorrangig sein soll. Da für die SPD im Zweifelsfall staatliche „Bestimmung“ wichtiger als die Selbstbestimmung der Bürger ist, würde bald Schluß mit der Selbständigkeit der Unternehmen und der Wahlfreiheit des Verbrauchers sein.

Zudem: Die geplante Ausweitung des Staatsanteils an den Investitionen sollte als eine spitzfindige Variante der Strategie der Jusos entlarvt werden. Denn: Wenn dieser Anteil immer weiter steigt, erhält der Staat eine immer größer werdende Lenkungsmacht. Damit wächst seine Möglichkeit, die Investitionen im Sinne eines sozialistischen Konzeptes zu steuern — es bedarf dann gar nicht mehr der politisch brisanten Diskussion um die Modelle einer direkten Investitionslenkung!

Die Rätemodelle

Die Diskussion um Wirtschafts- und Sozialräte zum Zwecke der Investitionslenkung befindet sich noch in vollem Fluß. Die Vorstellungen reichen dabei von einem Ausschuß ähnlich dem der konzertierten Aktion bis hin zu rätedemokratischen Modellen nach dem Motto: Alle Macht den Räten.

Wirtschafts- und Sozialräte als beratende Ausschüsse werden insbesondere vom DGB gefordert. Es ist zu fragen, wozu diese nützlich sein können, wenn sie nicht über Entscheidungsbefugnisse und Macht zur Durchsetzung der Entscheidungen verfügen. Die Erfahrungen mit der konzertierten Aktion zeigen, wie wenig sich solche Gruppenzusammenkünfte eignen, die Aktivitäten der Gruppen wirksam zu beeinflussen. Da über unverbindliche Absichtserklärungen keiner in Pflicht und Verantwortung genommen werden kann, sind die Folgen vorhersehbar:

- ① Zunächst werden entsprechende „Räte“ mit nur „beratender“ Funktion eingesetzt.
- ② Dann erhalten sie immer mehr „echte“ Entscheidungsbefugnisse, bis sie

③ alle wichtigen Entscheidungen alleine treffen können.

Solche Modelle werden im DGB diskutiert, und es ist wahrscheinlich, daß sie sich dort durchsetzen werden.

Der Weg zurück zum Ständestaat

Die Konsequenzen wären:

— Es würde in den Räten nicht mehr in erster Linie um Fragen der Arbeitswelt gerungen, sondern über die Investitionen handfeste Wirtschaftspolitik betrieben.

— An die Stelle des Wettbewerbs treten syndikalistische Absprachen, das Interesse der Verbraucher wird durch das Interesse der Produzenten, d. h. der Arbeitgeber und Arbeitnehmer ersetzt.

— Dem Staat werden wichtige Befugnisse der Wirtschaftspolitik faktisch entzogen und damit seine Fähigkeit einer am Gemeinwohl orientierten Wirtschaftspolitik.

— Wenn Markt und Wettbewerb an Bedeutung verlieren, muß die auftretende Steuerlücke durch zentrale Produktionslenkung geschlossen werden.

Der Weg in eine andere, ständestaatlich-sozialistische Ordnung wäre beschritten. Was die ausdrücklich als rätedemokratisch bezeichneten Modelle angeht, so kann als erwiesen angesehen werden, daß sie theoretisch und praktisch nicht haltbar sind. Auch in der Sowjetunion wurde einmal mit Räten begonnen. Sie sind heute nicht mehr als ein Überbleibsel der dortigen kommunistischen Ordnung.

Der direkte Weg in den Sozialismus

Auch für die Zentralisten gilt, daß sie auf die Frage: Wie funktioniert's? keine oder nur vage Antworten finden. Was sie von den anderen Investitionslenkern unterscheidet, ist die Offenheit, mit der sie ohne Umwege die Systemüberwindung ansteuern. Sie sind Konstrukteure des gesellschaftlichen Glücks, ausgestattet mit der simplen Theorie, derzufolge man nur richtig planen muß, um alle Ungerechtigkeiten der Gesellschaft auszumerzen. Dieser Ansatz übersieht: Solange Menschen frei sind, können ihre Handlungen nicht vorgeplant werden. Daher das Ziel der Zentralisten: Die Menschen müssen zum „richtigen“ Verhalten gezwungen werden. Ein Blick auf die kommunistischen Länder zeigt, wie das geht, und er zeigt, wohin es führt.

Die Zentralisten fordern ein zentrales Investitionskontrollamt. Eine kurze Analyse beweist: Diese Konzeption ist völlig absurd. Abgesehen davon, daß es der Phantasie eines George Orwell („1984“) bedarf, sich das Wirken dieser Monsterbehörde und deren Auswirkungen auf die Wirtschaft vorzustellen, stünde sie vor folgenden, nahezu unlösbaren Aufgaben:

— *Jeder der -zigtausend Investitionsanträge wäre über den Instanzenweg und die Wirtschafts- und Sozialräte dem Amt zuzuleiten.*

— Jeder einzelne Antrag müßte anhand von allgemeinen Richtlinien überprüft, in seiner ganzen Vielgestaltigkeit nachvollzogen sowie dahingehend beurteilt werden, ob er sich mit den geltenden Anschauungen von den „gesellschaftlichen Bedürfnissen“ deckt.

— zusätzlich müßten die Rückwirkungen der beantragten Investitionen auf die anderen Industrien bis ins letzte erkannt und geplant werden, da z. B. eine bauliche Investition bestimmte Auswirkungen auf die Maschinenbau- und Stahlindustrie hat.

— Ferner entstehen gesamtwirtschaftliche Probleme erst aus dem Zusammenreffen einer Vielzahl von Investitionen. Entsprechende Anträge gehen jedoch unsystematisch und zeitlich nacheinander beim Amt ein, so daß eine Abstimmung zwischen ihnen unmöglich ist.

Jeder Laie — außer der neuen Linken — vermag zu erkennen, daß hier ein plumper, ineffektiver und unkontrollierbarer Monsterapparat geschaffen würde, der die Planer und die Bürokratie allmächtig, die Bürger und Konsumenten aber ohnmächtig macht.

Die SPD: Einig wie immer

Die SPD ist sich einig wie immer. Sie will die Investitionslenkung. Die Frage ist nur, welche Spielart. Alle drei skizzierten Ansätze einer Investitionslenkung sind in der SPD vertreten. In unterschiedlicher Stärke haben sie sich auch in verschiedenen SPD-Bezirksparteitagen der letzten Wochen durchgesetzt. In Anbetracht der herannahenden Bundestagswahl ist wahrscheinlich, daß man sich auf irgendeinen schwammigen Kompromiß einigt, der die offenkundigen Gegensätze verdeckt und es jeder der Gruppierungen in der SPD erlaubt, diesen ohne Gesichtsverlust zu vertreten. Die Formeln dafür werden bereits geschmiedet. Mit ihnen soll die hellhörig gewordene Öffentlichkeit bis nach den Wahlen besänftigt werden. Sie lauten:

- „vorausschauende Industriepolitik“ (Schmidt/Wehner);
- „Verbesserung des wirtschaftspolitischen Instrumentariums“ (Loderer)
- „wir werden ihn (Anm.: den Unternehmer) bei seiner Verantwortung für das Ganze nicht alleine lassen“ (Brandt).

■ Konkret bezogen auf das brisante Thema direkter Investitionslenkung wird die Parteispitze bemüht sein, es vorläufig herunterzuspielen und eine „reformerische“ Linie durchzudrücken. So will sie demonstrieren, daß die SPD eben doch eine politisch gemäßigte Partei ist. Dennoch wird sie die Jusos und andere linke Systemüberwinder in der SPD nicht darin hindern — mittlerweile auch gar nicht mehr hindern können — über die Diskussion der Investitionslenkung ihre Überzeugungsarbeit in Richtung auf einen autoritären Sozialismus voranzutreiben.

■ Eine politische Kritik, die diesen Etikettenschwindel und diese Verschleierung aufdecken und damit der Investitionslenkung die Chance der Durchsetzung nehmen will, muß intensiv erfolgen und umfassend angelegt sein. Sie muß deutlich machen, daß Investitionslenkung nicht in erster Linie ein ökonomisches Problem ist, sondern lediglich die Funktion eines Mittels hat, unsere Gesellschaft grundlegend zu verändern.

Das sind die Folgen der Investitionslenkung

Politische Folgen:

Die soziale Marktwirtschaft ist die Wirtschaftsordnung, die unserer politischen Ordnung am besten entspricht. Beide Ebenen weisen eine grundlegende Übereinstimmung der Prinzipien auf. Investitionslenkung dagegen zerstört diese Übereinstimmung. Da staatliche oder „gesellschaftliche“ Planungsallgegenwart und politische Demokratie einander ausschließen, geht die freiheitliche Vielfalt unserer Demokratie verloren. Damit wird politische Freiheit mehr und mehr eingeengt.

■ Jede weitergehende Form der Investitionslenkung setzt Änderungen des Grundgesetzes voraus bzw. verstößt gegen die Verfassung. Bedenklich ist, daß über dieses Problem der Verfassungsmäßigkeit in der Debatte gar nicht erst gesprochen wird. Das läßt entweder auf politische Naivität oder gezielte Absicht schließen.

Investitionslenkung verwischt die Grenzen zwischen staatlicher und gesellschaftlicher Macht. Wirtschafts- und Sozialräte als Gremien der Investitionslenkung wären Organe mit erheblichem politischen Einfluß, ohne demokratisch dazu berechtigt zu sein. Den Bürgern gegenüber hätten sie sich nicht zu verantworten, weder was ihre Besetzung — noch was ihre Tätigkeit betrifft. Die Wirtschafts- und Sozialräte wären nicht an ein allgemeines Mandat gebunden, d. h. sie müßten sich nicht in allgemeinen Wahlen dem Willen der Wähler unterwerfen. Am Ende stünde eine absolute Herrschaft der Verbandsfunktionäre, die in den Räten die bedeutenden Entscheidungen treffen, sich jedoch einer politischen und demokratischen Kontrolle entziehen können.

■ Die Bürger und das von ihnen demokratisch gewählte Parlament verlieren aber um so mehr an Macht und Einfluß, je mächtiger die Verbände und die von ihnen gesteuerten „Nebenparlamente“ werden. Folglich bleiben die allgemeinen, nicht in starken Verbänden organisierten Interessen auf der Strecke.

Denn: Wer könnte dann noch beispielsweise die Interessen der Sozialhilfeempfänger, Sparer oder Konsumenten, die der jungen Menschen und alten Leute vertreten, die nicht über lautstarke und mächtige Verbände ihre Interessen in das Kartell der neuen Mächtigen einbringen können?

Investitionslenkung würde Machtzuwachs für die Gewerkschaften bedeuten und eine Ausweitung des bürokratischen Apparates mit sich bringen. Die gestiegene Macht der Gewerkschaften könnte ihren eigenen Bestand gefährden. Was bleibt von der Tarifautonomie, der Mitbestimmung übrig, wenn die Gewerkschaften es selbst sind, die auf Branchen- oder Gesamtwirtschaftsebene schon vorher die gesetzten Daten maßgeblich bestimmt haben? Kann die Gewerkschaft bei der Gewerkschaft mitbestimmen? Die Konflikte, die sich früher zwischen ihnen und den Arbeitgebern abspielten, würden sich in ihre eigenen Reihen verlagern — denn hier fallen nunmehr die wesentlichen Entscheidungen. Weiterhin: Durch eine Parität plus, plus, plus ... würden die Gewerkschaften endgültig das alles beeinflussende und fädenziehende Establishment. Wer überall seine Finger drin hat,

kann nicht mehr mit der Faust auf den Tisch hauen! Mangelndes Vertrauen in die Gewerkschaften und ständige Konflikte in ihnen selbst können aber nicht ohne Folgen für die Stabilität und Kontinuität des politischen Systems bleiben.

Wer plant hat Macht. Bei der Investitionslenkung ist die Planung der Investitionen weitgehend in die Hände von Bürokratien gelegt. Jeder Bürger und Politiker weiß um die Gefahren einer unkontrollierten Machtausübung und Verselbständigung der Verwaltungen. Trotzdem werden sie weder gesehen noch mit ihrer Wirkung berücksichtigt.

Wirtschaftliche Folgen: Investitionslenkung heißt Wirtschaftsplanung. Zu welchen Ergebnissen öffentliche Wirtschaftsplanung führt, ist bekannt. Deshalb muß, wer das große A der Investitionslenkung sagt, auch das X, Y, Z der zentralen Wirtschaftslenkung wollen.

Folgen für jeden einzelnen: Von den negativen Auswirkungen einer Investitionslenkung ist jeder einzelne Bürger ganz direkt und unmittelbar betroffen. Er verliert zu einem erheblichen Teil — wenn nicht ganz — die Freiheit, die von ihm gewünschten Konsumgüter selbst zu bestimmen. Einmal dadurch, daß sein Konsum politisch vorherbestimmt wird und zum anderen — daraus folgend — daß Versorgungsprobleme auftreten werden.

In der sozialen Marktwirtschaft stehen dem einzelnen Alternativen offen, hat er Wahlfreiheit. Demgegenüber hat er bei Investitionslenkung nur die Möglichkeit, aus einem politisch begrenzten Güterangebot auszuwählen.

● Konsumlenkung ist die Kehrseite der Investitionslenkung.

● Denn: Wer heute bestimmt, was investiert wird, bestimmt, was die Menschen morgen konsumieren dürfen. Investitionen etwa zur Herstellung von Farbfernsehgeräten, Autos oder besseren Wohnungseinrichtungen könnten als auf „Luxus“ hinauslaufend eingestuft werden. Sie würden gekürzt oder unterblieben ganz, was zu einer Senkung der Produktion dieser Güter führen würde. Hohe Seltenheitspreise und „Schwarzmärkte“ — wie nach dem Krieg — wären für diese Güter die Folge.

● Oder: Investitionen zur Erweiterung der Produktion von unterhaltsamen Romanen würden nicht genehmigt, um die auf diese Weise eingesparten Mittel zur Neuauflage sozialistischer Klassiker zu verwenden.

● Auch die Freiheit der Wahl des Arbeitsplatzes und die freie Berufswahl muß bei Investitionslenkung eingeschränkt werden. Planung ist ja nur möglich, wenn die Planungsgrößen kalkulierbar sind. Wechseln Arbeitnehmer die Stelle, drohen sie die Planung über den Haufen zu werfen, muß im Interesse der Planerfüllung gegengesteuert und reglementiert werden.

Fazit

Jede Form der Investitionslenkung läuft offen oder verdeckt auf die Überwindung unserer freiheitlichen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung hinaus. Mit dieser Kampfansage wird der Weg der Reform verlassen. Offen bleibt nur die Einbahnstraße in den Sozialismus, der das schmückende Beiwort: „demokratisch“ nicht mehr verdient.